ANTRAG 17
der ÖAAB-FCG-BAK-Fraktion an die 170. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer am 17. Juni 2021 in Wien

Beim Wiederaufbau nicht auf die ArbeitnehmerInnen vergessen

Im Rahmen des europäischen Wiederaufbauplans werden seitens der Europäischen Union ca. € 3,5 bis € 4 Milliarden für Österreich zur Verfügung gestellt. Die österreichische Bundesregierung hat ihren nationalen Wiederaufbauplan nur knapp vor Fristablauf nach Brüssel geschickt, ohne das, samt Anhang 683 Seiten starke, Dokument vorab den Sozialpartnern zur Begutachtung zukommen zu lassen. Vorab gab es nur ein Gespräch zwischen BAK-Präsidentin Anderl und BM Edtstadler, aber keine, wie von der EU vorgesehene, offizielle Einbindung der SozialpartnerInnen in die konkrete Ausarbeitung der geplanten Projekte und Maßnahmen.

Laut Plan der Regierung sollen die meisten Gelder in den Breitbandausbau (€ 891 Mio.), in digitale und ökologische Investitionen in Unternehmen (Investitionsprämie) (€ 605 Mio.) und in die Errichtung neuer Bahnstrecken (Koralmtunnel) (€ 542 Mio.) fließen. Unter dem Titel „Biodiversität und Kreislaufwirtschaft“ wurden € 350 Mio. budgetiert. Ein Gesamtkonzept für die sozial-ökologische Transformation und konkrete Pläne und Gelder für Arbeitsstiftungen für jene Menschen, die durch die ökologische Transformation ihren Job verlieren werden bzw. deren Job gefährdet ist, fehlen jedoch.

Das Paket der Bundesregierung enthält zwar durchaus auch positive Maßnahmen, aber nur etwa die Hälfte der Mittel können als neue, zusätzliche Investitionen bewertet werden. Mit der anderen Hälfte werden bereits budgetierte Ausgaben mit EU-Mitteln finanziert, somit das Budgetdefizit reduziert. Das ist eine vertane Chance! Das ist weder im Sinne der Menschen in Österreich, noch im Sinne der ErfinderInnen auf europäischer Ebene.

Konkrete Maßnahmen zur Verminderung der stark gestiegenen Anzahl an Langzeitarbeitslosen oder spezifische Maßnahmen für von Arbeitslosigkeit betroffene Frauen finden sich kaum. Auch die zur Erweiterung des Jugendcoachings beantragten Mittel von € 19,6 Mio. reichen aus unserer Sicht bei weitem nicht aus, um die Jugendgarantie zu sichern. Die im Plan angeführten € 258 Mio. für Aus- und Weiterbildungen sind, ein Teil der bereits beschlossenen Corona-Joboffensive, also keine zusätzlichen Mittel. Die Finanzierung der geplanten Maßnahmen über den EU-Aufbaufonds konterkariert den Sinn und Zweck dieser Gelder.

Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert daher die österreichische Bundesregierung auf, die vertane Chance, ausreichend EU-Gelder zur Überwindung der Pandemiefolgen am Arbeitsmarkt und zur sozial gerechten Vorbereitung des ökologischen Wandels abzurufen, dadurch wieder gut zu machen, dass nunmehr nationale Mittel, für diese dringend erforderlichen zusätzlichen Maßnahmen, im Sinne der ArbeitnehmerInnen rasch herangezogen werden. Bereits budgetierte bzw. verplante Mittel für den Koralmtunnel, den Breitbandausbau, etc. werden, aufgrund der hierfür beantragten EU-Gelder aus dem Recovery Found, wieder frei und können somit für diese zusätzlichen Maßnahmen eingesetzt werden.

Angenommen ☒	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☒	Mehrheitlich ☐